

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXXVIII. Jahrgang, Nr. 4

April 1965

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich	125
Die Entwicklung der organisierten Kreditmärkte	132
Die Auswirkungen der englischen Importabgabe	138
Der Bundeshaushalt 1964	145
Ein neuer Zyklus der Schweineproduktion	150

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Lebhafte Investitions- und Exporttätigkeit — Industrieproduktion expandiert durchschnittlich um 7·5% — Lohnerhöhungen bereits für 1·5 Mill. Arbeitnehmer — Verteuerung wichtiger Nahrungs- und Genußmittel — Eindämmung sekundärer Preiserhöhungen notwendig

Der Konjunkturaufschwung hält an. Die Industrieproduktion wuchs auch in den Wintermonaten durchschnittlich um 7·5%. Investitionen und Exporte sind weiter Hauptstützen der Konjunktur. Dagegen nimmt der private Konsum schon seit längerer Zeit nur mäßig zu. Die vor Jahresfrist noch kräftige Lageraufstockung ist abgeflaut. Preise und Löhne sind wieder stärker in Bewegung gekommen. Wichtige Branchen haben höhere Tarif- und Effektiv-Verdienste vereinbart, die geregelten Preise wichtiger Nahrungs- und Genußmittel wurden hinaufgesetzt, die Paritätische Kommission hat für eine Reihe gewerblicher Produkte Preiserhöhungen genehmigt. Die Lohnbewegung vollzieht sich zwar auf breiter Basis, hält sich jedoch real in den Grenzen des volkswirtschaftlichen Produktivitätsfortschrittes. Außerdem wurde darauf geachtet, daß sowohl die Lohn- als auch die Preiserhöhungen nicht überstürzt, sondern erst im Laufe der nächsten Wochen und Monate wirksam werden. Die Preis- und Lohnindizes werden daher nicht sprunghaft in die Höhe schnellen und die Bevölkerung nicht unnötig beunruhigen. Die Änderung der geregelten Preise allein wird den Verbraucherpreisindex um knapp 1% erhöhen. Außerdem werden auch verschiedene gewerbliche

Produkte teurer. Da die anhaltend gute Konjunktur die Überwälzung von Lohnkostensteigerungen auf die Preise begünstigt, steht die Wirtschaftspolitik vor der Aufgabe, die sekundären Auswirkungen der Lohnerhöhungen und Preisanpassungen (im Sinne des Stabilisierungsprogrammes des Wirtschaftsbeirates von 1964) möglichst einzudämmen.

Die Änderungen im *Budget*, die infolge der Gehaltserhöhungen für die öffentlich Bediensteten notwendig geworden waren, werden die Konjunktur nicht nennenswert beeinflussen. Die Mehrausgaben von rund 1 Mrd. S. wurden durch zusätzliche Einnahmen und Ausgabeneinsparungen ausgeglichen, so daß das Budget formal konjunkturneutral bleibt. Ein Teil der höheren Einkommen der Bundesbediensteten wird als Steuern rückfließen. Die Erhöhungen der Tabakwarenpreise und der Stempelgebühren schmälern die private Kaufkraft. Die Ausgabenkürzungen werden sich nur wenig auswirken, da sie sich auf viele Budgetposten verteilen, die noch kleinere Reserven enthielten. Unter diesen Bedingungen werden die budgetären Maßnahmen die gesamte Kaufkraft der Volkswirtschaft nominell nur um 300 bis 500 Mill. S. erhöhen, eine Größenordnung, die konjunkturpolitisch nur wenig ins Gewicht fällt. Da die gesamten Ein-

nahmen des Bundes 1965 etwas zu hoch angesetzt wurden¹⁾ und die jüngsten Budgetmaßnahmen alle Reserven ausschöpfen, wird ein konjunktur-neutrales Budget wahrscheinlich nur durch Ausgabenbindungen erreicht werden können. Im Interesse des längerfristigen Wirtschaftswachstums sollten die Ausgaben jedoch nicht auf Kosten der produktiven Investitionen eingeschränkt werden.

Die Lage auf dem *Arbeitsmarkt* wurde durch das kalte Wetter beeinflusst. Im *März* ging die Arbeitslosigkeit etwas schwächer zurück als im Vorjahr (—38.000 gegen —39.000). Mit 92.100 Arbeitslosen (45.300 Männer und 46.800 Frauen) unterschritt sie Ende März den Stand des Jahres 1964 um 800. (Im *Jänner* war sie um 11.100, im *Februar* um 1.800 geringer.) Die einzelnen Berufsgruppen zeigen im Vergleich zum Vorjahr sehr unterschiedliche Tendenzen. Ein Teil der Saisonberufe weist eine höhere Arbeitslosigkeit aus (Holzverarbeiter, Gaststättenberufe), andere eine niedrigere (land- und forstwirtschaftliche Berufe, Steinarbeiter, Bau-berufe). Die geringere Arbeitslosigkeit bei den Bauarbeitern dürfte teils auf verstärkten Winterbau, teils auf den intensiveren Einsatz ausländischer Arbeitskräfte zurückzuführen sein. Diese verlassen am Jahresende Österreich und kehren erst zu Saisonbeginn zurück, belasten also nicht die Arbeitslosenversicherung. In allen übrigen Berufsgruppen (mit Ausnahme der Nahrungsmittelarbeiter) gab es mehr Arbeitslose als im Vorjahr. Bis Mitte *April* sank die Zahl der Arbeitslosen weiter auf 63.200 (1.600 höher als im Vorjahr).

Die Beschäftigung stieg im März verhältnismäßig schwach (+16.400 gegen +27.200 im Vorjahr). Sie war mit 2.324.100 Beschäftigten um 14.700 (davon 9.900 Frauen und 4.800 Männer) höher als 1964. Die Zahl der gewerblichen Fremdarbeiter stieg Mitte März auf 11.400 (im Vorjahr 7.900).

Die Zahl der offenen Stellen stieg jedoch wieder kräftig um 10.500 auf 43.100; sie war damit um 1.000 höher als im Vorjahr. Zwei Drittel des Zuwachses entfielen auf Männer; im Vormonat waren nur für Frauen mehr Stellen angeboten worden.

Arbeitsmarkt

	Stand	Veränderung gegen	
	Ende März 1965	Vormonat	Vorjahr
		1.000 Personen	
Beschäftigte ¹⁾	2 324 1	+ 16 4	+ 14 7
Arbeitsuchende	92 1	— 38 0	— 0 8
Offene Stellen	43 1	+ 10 5	+ 1 0

¹⁾ Vorläufige Zahlen

Die *Industrieproduktion* wuchs in den Wintermonaten besonders kräftig. Sie war (je Arbeitstag) im *Februar* um 5,7% höher als im Vorjahr. Im Durchschnitt der letzten drei Monate (*Dezember* bis *Februar*) betrug der Zuwachs 7,5%. Obwohl der Aufschwung seit dem Vorjahr einen großen Teil der sachlichen und personellen Kapazitätsreserven beansprucht hat, ließ das Expansionstempo bisher kaum nach.

Die Leistungsreserven der Industrie sind bemerkenswert groß, besonders im Arbeitseinsatz. Die wachsende Produktion wird nach wie vor fast ausschließlich mit den verfügbaren Kräften bewältigt. Die Industrie beschäftigte im *Jänner* nur um 0,4% mehr Arbeitskräfte als ein Jahr vorher. Auch in Zweigen mit weit überdurchschnittlicher Expansion, wie z. B. in der stein- und keramischen Industrie, der papierverarbeitenden und der Holzverarbeitenden Industrie sowie der Erdölindustrie werden nur teilweise neue Arbeitskräfte eingestellt.

Das Schwergewicht der Auftriebskräfte hat sich von den Grundindustrien weiter auf die Investitionsgüterindustrien verlagert. Bergbau und Grundstoffindustrien erzeugten im *Februar* nur noch knapp 1% mehr als 1964. Der Zuwachs in der Magnesitindustrie (17%), deren Exportkonjunktur anhält, und die höhere Erzeugung chemischer Grundstoffe glichen die Einbußen im Bergbau (—4%) und in der Erdölindustrie (—5%) annähernd aus.

Die Produktion von Investitionsgütern war im *Februar* um über 7% höher als im Vorjahr. Bei Vorprodukten (Eisen und Stahl sowie Metalle) ist die Expansion seit dem Vorjahr merklich schwächer geworden, weil die Lagerhausse im In- und Ausland allmählich abklingt. Im *Februar* betrug der Zuwachs in der eisenerzeugenden Industrie knapp 5% (im Vorjahr 10%), die Metallindustrie erzeugte um 2% weniger (Vorjahr +3%).

Die Produktion von Baustoffen war im *Jänner* um 34% und im *Februar* um 26% höher als 1964. Das Saisontief der Wintermonate wird seit Jahren immer flacher, weil der wachsende Kapitaleinsatz in den Betrieben dazu zwingt, die Anlagen besser auszunutzen. Die höhere Produktion wird im Winter überwiegend auf Lager gelegt. Die früher alljährlich wiederkehrenden Engpässe zu Beginn der Bausaison sind dadurch weitgehend geschwunden.

Fertige Investitionsgüter wurden im *Jänner* und *Februar* um 11% und 6% mehr erzeugt als im Vorjahr. Die Auftragslage hat sich zwar seit dem Vorjahr merklich gebessert, bleibt aber nach wie

¹⁾ Siehe Monatsberichte, Jg. 1964, Heft 11, S. 425

vor schwächer als in vergleichbaren Konjunkturperioden früherer Jahre. Besonders die Inlandnachfrage enttäuscht. In wichtigen Bereichen der Investitionsgüterindustrien paßt sich die Produktionsstruktur den veränderten Markt- und Absatzbedingungen seit Jahren nur zögernd an, während dieser Prozeß in anderen Bereichen der Industrie bemerkenswert gut funktioniert.

Die Konsumgüterindustrien produzierten im Jänner und Februar um 12% und 6% mehr als 1964. Auch hier haben sich seit Jahresbeginn die Auftriebskräfte verlagert. Die Stagnation in der Nahrungs- und Genußmittelerzeugung hat sich gelöst; im Februar betrug der Zuwachs knapp 6%. In der Textil- und in der Bekleidungserzeugung hält die Expansionsschwäche an (Februar +3%). Bei Verbrauchsgütern (+10%) und langlebigen Konsumgütern (+8%) blieb die Expansionsrate wie bisher über dem Industriedurchschnitt.

Industrieproduktion

	1965	
	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr %	
Bergbau und Grundstoffe	+ 3,1	+ 0,7
Elektrizität	- 3,6	+ 2,7
Investitionsgüter	+ 12,0	+ 7,3
Konsumgüter	+ 12,1	+ 6,4
Insgesamt	+ 9,5	+ 5,7

Die Landwirtschaft konnte die Äcker dank günstiger Witterung Anfang April verhältnismäßig rasch bestellen. Die Saaten liefen gut auf, haben sich aber infolge kühler Witterung vorerst nur gering bestockt. Da die Niederschläge im März über dem langjährigen Durchschnitt lagen — nur Osttirol blieb verhältnismäßig trocken — und im April reichlich Regen fiel, wird es heuer voraussichtlich viel Grünfutter und Heu geben. Das könnte die Auffüllung der Rinderbestände unterstützen. Im Februar kam um 3% weniger Brotgetreide und um 3% mehr Milch auf den Markt als im Vorjahr. Fleisch wurde um 9% mehr angeboten (Schweinefleisch +19%, Rindfleisch -4%, Kalbfleisch -12%). Da die Schweinelieferungen den heimischen Verbrauch überstiegen, mußten Schweine exportiert und größere Mengen Fleisch eingelagert werden. Dadurch gelang es, die Großhandelspreise innerhalb des vereinbarten Preisbandes zu halten. Auf dem Ferkelmarkt jedoch hat das Überangebot einen Preisverfall ausgelöst. Die Zahl der Zuchtsauen ist im März um 5% unter das Vorjahresniveau gesunken. Wahrscheinlich wird die Sauenhaltung wegen der knappen Futterdecke und infolge der tiefen Ferkelpreise weiter eingeschränkt

werden¹⁾. Die Landwirtschaft erreichte in langen Verhandlungen ab 1. Mai 1965 eine generelle Erhöhung des Erzeugerpreises für Milch von 210 S auf 230 S je Liter bei 3,5% Fettgehalt. Die beabsichtigte Staffelung des Preiszuschlages nach Qualitätsstufen wurde fallengelassen. Der Export an Rindern, der aus preispolitischen Gründen noch immer eingeschränkt ist, bringt weiterhin hohe Erlöse. Im Februar wurden der Menge nach um 35% mehr Schlachtrinder ausgeführt als im Vorjahr, der Exportpreis lag mit durchschnittlich 16,48 S je kg um 20% höher. Auch der Exportpreis für Käse ist um 17% gestiegen. Dagegen sind Exporte an Butter und Schweinen nur zu niedrigeren Preisen als im Inland möglich.

Landwirtschaft

	Jänner	Februar
	1965	
	Veränderung gegen das Vorjahr %	
Brotgetreide	+ 12,6	- 2,6
Milch	+ 8,0	+ 2,7
Fleisch	+ 0,6	+ 9,1

Die Nachfrage nach Energie war im Februar etwa gleich stark wie im Vorjahr. Der Stromverbrauch (ohne Pumpstrom) blieb gegen 1964 unverändert. Relativ milde Temperaturen und heftige Schneefälle ermöglichten eine reichliche Wasserführung der Flüsse (2% weniger als im Regeljahr, aber um 23% höher als 1964). Dadurch konnte um 17% mehr hydraulische Energie gewonnen werden, wobei vor allem die Laufkraftwerke weit mehr produzierten (+22%). Die Wärmekraftwerke konnten so stark entlastet werden (-16%), daß ihr Anteil an der gesamten Stromerzeugung nur 45% betrug. Im Februar der beiden vergangenen Jahre hatten die kalorischen Kraftwerke jeweils mehr Strom geliefert als die hydraulischen. Aus diesem Grund waren die Kohlenvorräte der Dampfkraftwerke doppelt so hoch wie im Vorjahr. Die Haldenbestände der Gruben waren niedriger als im Februar 1964, wiewohl der Absatz von Kohle geringer war (-12%). Alle Abnehmer außer den Hochöfen (+4%) bezogen viel weniger Kohle. Das wirkte sich auf die Importe von Stein- und Braunkohle stärker aus (-16%) als auf die heimische Förderung (-6%). Der Straßenverkehr war in diesem Jahr stärker, weshalb sich auch der Benzin- (+36%) und Dieselölverbrauch (+14%) erhöhte. Insgesamt wurden um 7% mehr Erdölprodukte ab-

¹⁾ Siehe: „Ein neuer Zyklus der Schweineproduktion“, S. 150 ff

gesetzt. Förderung (+1%) und Versorgung mit Erdgas (+2%) änderten sich nur geringfügig.

Im Februar erfolgte die offizielle Inbetriebnahme der Erdgasleitung Amstetten—Linz. Dadurch können die Österreichischen Stickstoffwerke A. G. Linz jährlich 40 Mill. m^3 Erdgas beziehen, die zu chemisch wertvollen Rohprodukten verarbeitet werden. Die österreichischen Erdgasvorkommen können den wachsenden Bedarf der Industrie in Zukunft nicht decken, weshalb die Rohrleitung bereits so dimensioniert wurde, daß sie auch für künftige Erdgasimporte aus Westeuropa verwendet werden kann.

Energieverbrauch

	Jänner	Februar
	1965	
	Veränderung gegen das Vorjahr	
	%	
Kohle	- 46	- 125
Elektrizität ¹⁾	- 15	+ 23
Erdölprodukte	- 34	+ 70
Erdgas	- 55	+ 19

¹⁾ Gesamtversorgung Wasser- und Wärmekraft; ohne Pumpstrom.

Der *Güterverkehr* ging im Februar saisonwidrig zurück, da er in der zweiten Monathälfte durch Schneeverwehungen behindert wurde. Die Bahnen beförderten um 11% weniger als im Vorjahr; vor allem weniger Kohle (-14%), Holz (-29%), Baustoffe (-7%) und Eisen (-7%). Auch im Straßenverkehr blieb die saisonübliche kräftige Belegung aus, die Leistungen dürften höchstens um 2% höher gewesen sein. Dagegen war die Donauschiffahrt dank günstiger Wasserführung doppelt so hoch wie im Vorjahr.

Verkehrswirtschaftlich bedeutsam ist die im März gelungene Einigung über den Bau der Erdölleitung Triest—Schwechat. Sie wird beim Plöckenpaß von der nach Ingolstadt führenden Pipeline abzweigen, ist 400 km lang, soll eine Jahresleistung von ungefähr 6 Mill. t haben und Ende 1966 fertiggestellt sein. Damit erzielt auch Österreich einen entscheidenden Fortschritt in der Rationalisierung der Transporte. Die Einbußen im Bahn- und Straßengüterverkehr werden durch den gesamtwirtschaftlichen Rationalisierungseffekt weit mehr als aufgewogen werden. Es wäre volkswirtschaftlich nicht vertretbar, durch restriktive Maßnahmen den technischen Fortschritt im Verkehr zu bremsen.

Der *Personenverkehr* war im Februar saisonüblich schwächer. Die Massenverkehrsmittel wurden etwas weniger beansprucht als im Vorjahr. Einen Rückgang erlitten nur die Bahnen (-18%), der Omnibus-Überlandliniendienst nahm um 4% zu. Auch der Individualverkehr war trotz den

ungünstigen Wetterverhältnissen lebhafter, wie der um 36% höhere Benzinverbrauch vermuten läßt. Der Mehrverbrauch beruht teils auf Lagerveränderungen.

Verkehr

	Jänner	Februar
	1965	
	Veränderung gegen das Vorjahr	
	%	
Güterverkehr (Bahn und Schiff)	+ 48	- 67
Personenverkehr (Bahn und Omnibusse)	+ 41	- 03
Neuzulassungen von Personenkraftwagen	+ 142	+ 15

Die Umsätze des *Einzelhandels* wurden im Februar durch verschiedene Sondereinflüsse (Unterschiede in der Zahl der Verkaufstage, Verschiebung der Termine für Inventur- und Saisonräumungsverkäufe) bestimmt. Schaltet man diese Einflüsse aus, war die Entwicklung annähernd saisongemäß.

Im Durchschnitt der Monate Jänner und Februar wurde um 3% (real 1%) mehr verkauft als im Vorjahr. Im Monatsdurchschnitt 1964 waren die Umsätze um 6% (real 3%) gewachsen. Die schwächeren Ergebnisse im Jänner und Februar 1965 können vor allem damit erklärt werden, daß beide Monate zusammen um zwei Verkaufstage weniger hatten als 1964.

Im Februar stiegen die Umsätze um 3% und waren um 2% (real 0%) höher als im Februar 1964. Überdurchschnittlich gut gingen nur Tabakwaren (+8%) und „Sonstige Waren“ (+7%) Lebensmittel wurden um 2% mehr (real nur knapp soviel) verkauft als im Vorjahr, Bekleidungsgegenstände aber um 1% (real 3%), Hausrat und Artikel des Wohnbedarfes um 2% (nominell und real) weniger. Die Umsätze von Elektrowaren waren im Jänner und Februar zusammen um 10% niedriger als im Vorjahr, vor allem deshalb, weil Anfang 1964 infolge der Olympischen Winterspiele die Nachfrage nach Fernsehgeräten sehr lebhaft war. Das schwache Umsatzergebnis in der Bekleidungsbranche hängt hauptsächlich mit der Verschiebung der Saisonschlußverkäufe zusammen. Im Durchschnitt der beiden Monaten Jänner und Februar waren die Verkäufe trotz der geringeren Zahl von Verkaufstagen um 6% (real 3%) höher als im Vorjahr, gegen 4% (real 2%) im Monatsdurchschnitt 1964.

Einzelhandelsumsätze

	Jänner	Februar
	1965	
	Veränderung gegen das Vorjahr	
	%	
Kurzlebige Güter	+ 35	+ 16
Langlebige Güter	+ 38	+ 41
Insgesamt	+ 36	+ 18

Die *Ausfuhr* wird weiterhin durch die internationale Konjunktur begünstigt. Sie war im Februar mit 3.108 Mill. S um 7% höher als im Vorjahr.

Der Nahrungs- und Genußmittelexport wurde von allen Obergruppen am stärksten ausgeweitet (+45% gegen das Vorjahr). Die Ausfuhr von Lebewild, die im Vorjahr zugunsten des heimischen Bedarfes stark eingeschränkt worden war, nahm heuer um 57% zu. Der Fleischexport stieg um 69%. Die Rohstoffausfuhr blieb hinter dem Vorjahreswert zurück (-4%), hauptsächlich weil die Forstwirtschaft weniger Holz exportierte (-14%). In der Gruppe „halbfertige Waren“ (+1%) wurden mehr Eisen und Stahl (+2%) sowie viel mehr andere Metalle (+19%) ausgeführt. Der Trend zu Konsumfertigwaren ist seit einiger Zeit unterbrochen. Die Fertigwarenausfuhr verlagerte sich zu Investitionsgütern. Im Februar wurden 14% mehr Verkehrsmittel und Maschinen exportiert als im Vorjahr, darunter insbesondere mehr elektrotechnische Geräte und Apparate (+28%). Bei den anderen Fertigwaren betrug die Zunahme nur 8%.

Der Binnenzollabbau in EWG und EFTA um weitere 10% zu Jahresbeginn (auf 30% des Ausgangsniveaus) verstärkt die regionale Verlagerung der österreichischen Ausfuhr zugunsten der EFTA. Im Februar war die Ausfuhr in die EFTA um 13%, in die EWG nur um 3% höher als im Vorjahr. Der Anteil der EWG an der Gesamtausfuhr fiel daher von 49,4% (Februar 1964) auf 47,8%, der Anteil der EFTA stieg von 18,2% auf 19,3%. Für die Verhandlungen zwischen Österreich und der EWG über den Zollabbau wurde ein Termin- und Arbeitsplan festgelegt. Das nächste Zusammentreffen ist für den 22. April und die folgenden Tage angesetzt worden.

Die *Einfuhr* war im *Februar* mit 3.859 Mill. S um 6,3% höher als im Vorjahr.

Die Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln stieg um 11%, die von halbfertigen Waren um 6%. Die Rohstoffimporte waren niedriger als im Vorjahr (-12%), hauptsächlich weil weniger Brennstoffe (-15%) bezogen wurden. Im Fertigwarenbereich stieg die Einfuhr von Investitionsgütern gleich stark wie die von Konsumgütern (je 13%). Die schwache Zunahme der Maschinenimporte (1%) wurde durch höhere Bezüge von elektrotechnischen Geräten (+28%) und Verkehrsmitteln (+23%) wettgemacht.

Im Februar war die Einfuhr aus der EFTA um 17%, aus der EWG um 9% höher als im Vorjahr. Der Anteil der EWG an der Gesamteinfuhr stieg von 58,0% (Februar 1964) auf 59,6%, der An-

teil der EFTA von 14,9% auf 16,4%. Die wachsende Diskriminierung im Warenaustausch zwischen Österreich und EWG schränkt das Wachstum der österreichischen Exporte in die EWG empfindlich ein, hindert jedoch nicht, daß die österreichischen Importe aus der EWG unvermindert stark steigen. Die Einfuhr aus der EWG besteht hauptsächlich aus Fertigwaren, die weniger preiselastisch sind und teils anderwärts überhaupt nicht bezogen werden können (Spezialmaschinen). Die Ausfuhr in die EWG hingegen umfaßt viele Rohstoffe und Halbfabrikate, die auf Preisunterschiede stärker reagieren und leichter durch Bezüge von anderen Lieferanten ersetzt werden können. Allerdings sind die Produkte meist mit niedrigeren Zöllen belastet.

Außenhandel

	Jänner		Februar	
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr %
Ausfuhr	2.777	+ 16,9	3.108	+ 7,0
Einfuhr	3.846	+ 8,2	3.859	+ 6,3
Handelsbilanz	-1.069	- 9,3	- 751	+ 3,9

Der *Einfuhrüberschuß* war im *Februar* mit 751 Mill. S annähernd gleich hoch wie im Vorjahr (723 Mill. S). Da aus dem Fremdenverkehr netto 726 Mill. S Devisen eingingen, dürfte die Leistungsbilanz fast ausgeglichen gewesen sein. Der *Fremdenverkehr* wurde im *Februar* durch das hochwinterliche Wetter begünstigt. Auch das niedrigere Bergland mit seinen stadtnahen Zielen hat Wintersportmöglichkeiten. Der Inländerverkehr nahm daher kräftig zu und war um 10% höher als im Vorjahr. Dagegen haben die Auslandsreisen von Inländern nur wenig zugenommen. Der Besuch von Ausländern stieg um 3% und brachte 860 Mill. S Deviseneinnahmen, dies sind, teils infolge von Preissteigerungen, 13% mehr als im Vorjahr. Im Jänner war der Ausländerverkehr in Österreich (+21%) stärker gestiegen als in der Schweiz (+12%).

Die *valutarischen Reserven* der Notenbank nahmen im *März* nach den Rückgängen in den beiden Vormonaten (zusammen 1.652 Mill. S) um 235 Mill. S zu (im Vorjahr um 820 Mill. S). Insgesamt sanken sie im I. Quartal um 1.417 Mill. S (im Vorjahr um 889 Mill. S). Der Kreditapparat hat im Februar seine Nettoposition gegenüber dem Ausland kaum verändert; im Jänner hatte er seine Auslandguthaben per Saldo um 1.428 Mill. S erhöht (Jänner und Februar 1964

zusammen 2 292 Mill. S). Die Kreditunternehmungen zogen im März von ihren Sichtguthaben bei der Nationalbank 269 Mill. S ab, wiewohl ihnen durch die Abnahme des Banknotenumlaufes um 346 Mill. S liquide Mittel zuflossen. Dies läßt auf eine weitere Auslandveranlagung in diesem Monat schließen. Die im Herbst zwischen Notenbank und Kreditinstituten getroffene Vereinbarung, Auslandguthaben in der Höhe von 1,7 Mrd. S zu binden, wurde auf weitere drei Monate (bis 1. Juni 1965) verlängert.

Kredite wurden im Februar (916 Mill. S) etwa gleich viel wie im Jänner (910 Mill. S) vergeben. Damit wurde das Vorjahresergebnis (562 Mill. S) wieder weit übertroffen. Der Kreditzuwachs in den ersten beiden Monaten zusammen war um etwa 75% höher als 1964. An der Kreditausweitung waren alle Institutsgruppen (ohne die ländlichen Kreditgenossenschaften und die Teilzahlungsinstitute) beteiligt, am stärksten die Aktienbanken, Hypothekenanstalten und Sparkassen.

Im Februar wurden 780 Mill. S Offen-Marktschatzscheine fällig. Sie wurden nicht mehr prolongiert, weil das Schatzscheingesetz die Schaffung von Offen-Marktschatzscheinen durch Titrierung der Bundesschuld auf eine neue gesetzliche Basis stellte. Ferner wurden 300 Mill. S eskontfähige Kassenstärkungs-Schatzscheine neu ausgegeben und vom Postsparkassenamt übernommen. Damit wurde der Gesamtbestand des Kreditapparates an Bundesschatzscheinen um 480 Mill. S vermindert. An sonstigen Wertpapieren erwarb der Kreditapparat im Februar 49 Mill. S (Vorjahr 66 Mill. S). Der Zufluß an längerfristigen Mitteln war saisongemäß stärker als die Vermehrung inländischer Anlagen. Der Zuwachs der Spareinlagen war mit 883 Mill. S schwächer als im Vorjahr (1 032 Mill. S). Hingegen nahmen die Termineinlagen außergewöhnlich stark zu (349 Mill. S, Vorjahr 112 Mill. S). Eigene Emissionen und sonstige in Schilling aufgenommene Gelder erbrachten zusammen 119 Mill. S (Vorjahr 73 Mill. S).

Auf dem *Aktienmarkt* stieg der Gesamtindex im März um 1,0%; die Industriewerte zogen an (+1,8%), die Bankaktien gingen zurück (-8,8%). Auf dem *Anlagemarkt* behauptete sich bei ruhigem Geschäft die freundliche Tendenz. Ende März legte die Stadt Wien eine 6%ige Anleihe im Nominale von 500 Mill. S (Laufzeit 15 Jahre, Begebungskurs 98,25) zur öffentlichen Zeichnung auf.

Die *Lohnbewegung* hielt unvermindert an. Seit Jahresbeginn haben annähernd 1½ Mill. Arbeitnehmer Lohn- oder Gehaltserhöhungen erhalten. Be-

reits im Februar waren die Mindestlöhne der Brauarbeiter um durchschnittlich 10%, die der Zuckerarbeiter um 9% bis 12% erhöht worden. Ferner erhielten die meisten Arbeiter in den Spiritus-, Hefe- und Süßwarenfabriken um 8% bis 12% höhere Mindestlöhne. Mitte März stiegen die Tariftlöhne in der Textilindustrie um 9% bis 14% (die Ist-Löhne um 45 Groschen je Stunde), Ende März wurden sie in den Holzverarbeitenden Zweigen der Industrie und des Gewerbes um rund 14% erhöht (Die Akkord- und Prämienlöhne stiegen um 8%)

Die Erhöhung der Tariftlöhne hat die Schere zwischen Tariftlöhnen und tatsächlichen Verdiensten etwas verengt. Der Index der Netto-Tariftlöhne (für Verheiratete mit zwei Kindern) stieg im März um 1,0% und 1,2% (mit und ohne Kinderbeihilfen) und war damit um 4,4% und 5,4% höher als vor einem Jahr. Der Verdienstindex für Wiener Arbeiter (brutto, ohne einmalige Zulagen) war im Durchschnitt der Monate Jänner und Februar um 7,0% (je Woche) und 8,7% (je Stunde) höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Wichtige Lohn- und Gehaltsforderungen wurden im Voraus beschlossen: Anfang Mai werden die Metallarbeiter um 9% bis 16% höhere Mindestlöhne und um 6% höhere Ist-Löhne erhalten (1% der Lohnsumme bleibt individuellen Erhöhungen vorbehalten). In den Molkereien werden zum gleichen Zeitpunkt die kollektivvertraglichen Lohnsätze um rund 12% steigen. Der Termin für die Erhöhung der Bäckerlöhne um 12% bis 13% wird noch festgelegt werden. Die Industrieangestellten bekommen teils seit Anfang April, teils ab Juni oder Juli um 10% bis 15% höhere Mindestgehälter und um 5,5% höhere Ist-Gehälter. Auch über die Gehaltsforderungen der öffentlich Bediensteten wurde bereits endgültig entschieden: Ihre Bezüge werden Anfang Juni um 7%, mindestens aber um monatlich 150 S, steigen. Ferner wird die Haushaltszulage monatlich um 30 S pro Kind erhöht.

Um den sozial schwachen Schichten die Preiserhöhungen für Milch und Milchprodukte teilweise abzugelten, werden Anfang Mai die Kinderbeihilfen pro Kind und die Ausgleichszulagen für Rentner um je 5 S erhöht. Über die allgemeine Pensionsdynamik kam in der Regierung folgende Einigung zustande: Der Bund wird gemäß dem neuen Pensionsanpassungsgesetz ab 1966 seinen Zuschuß zur Pensionsversicherung (ohne Ausgleichszulage) bis 1970 von 25,5% auf 29% erhöhen. Damit sollen die Pensionen den Lohn- und Gehaltssteigerungen angepaßt werden. Der Anpassungsfaktor wird je-

weils vom Sozialminister festgelegt, der sich auf das Gutachten eines Beirates stützen wird.

Der *Preis*auftrieb wurde im März lebhafter. Nicht nur Saisonprodukte wurden teurer (infolge des verspäteten Frühjahrsbeginns), sondern auch andere Waren und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte stieg von Mitte Februar auf Mitte März um 0,6% auf 120,6 (1958 = 100). Der Teilindex für Saisonprodukte erhöhte sich um 4,3%; der Mehraufwand für Gemüse, Obst und Kartoffeln wurde durch die Verbilligung von Eiern nur teilweise ausgeglichen. Die Preise der nicht saisonabhängigen Waren stiegen um 0,2%. Hier wirkten sich besonders Verteuerungen von Bekleidung, Kaffeemitteln und städtischen Autobustarifen aus. Der Abstand des Verbraucherpreisindex zum Vorjahr, der seit Jahresmitte 1964 meist gesunken war und im Februar nur noch 2,4% betrug, vergrößerte sich wieder auf 3,1% (mit Saisonprodukten) und 2,5% (ohne Saisonprodukte).

Verschiedene, bereits beschlossene Erhöhungen wichtiger Nahrungs- und Genussmittelpreise werden sich erst in den kommenden Monaten im Index auswirken. Die Zigarettenpreise wurden ab Anfang April teilweise um 14% bis 33% (5 Groschen bis 15 Groschen je Stück) erhöht. Die Preise für Brot und Semmeln werden spätestens

Anfang Mai wahrscheinlich um 6% (30 Groschen je kg) und 3% (2 Groschen je Stück) hinaufgesetzt werden; die Backwarenpreise sollen um höchstens 7% steigen. Der Milchpreis wird Anfang Mai um 6% bis 7% erhöht (20 Groschen je Liter). Zugleich werden die Preise für Butter um 9%, für preisregelte Käsesorten um durchschnittlich 14% und für sonstige Milchprodukte um 1% bis 13% steigen. (Eine weitere Verteuerung von Milch und Milchprodukten ist für Anfang 1966 vorgesehen.) Die Neufestsetzung der geregelten Nahrungs- und Genussmittelpreise wird insgesamt den Verbraucherpreisindex um 0,8% erhöhen. Daneben hat die Paritätische Kommission für einige gewerbliche Produkte Preiserhöhungen genehmigt, so für Baustoffe, Möbel, Seife und Zuckerwaren. In Kürze wird auch die beantragte Verteuerung der nicht preisregelten Käsesorten zur Sprache kommen.

Preise und Löhne

	Februar	März
	1965	
	Veränderung gegen das Vorjahr	
	%	
Großhandelspreisindex	+ 3,7	+ 3,4
Verbraucherpreisindex I mit Saisonprodukten	+ 2,4	+ 3,1
ohne Saisonprodukte	+ 2,4	+ 2,5
Tariflöhne, Wien ¹⁾	+ 3,4	+ 4,4
Arbeiter-Wochenverdienste Wien ²⁾	+ 5,4	

¹⁾ Netto, einschließlich Kinderbeihilfen.